

Stadt Freiburg im Breisgau · Projektgruppe Impuls für Wandel und Innovation  
Postfach, D-79095 Freiburg

**FREIE WÄHLER**  
Rathausplatz 2-4  
79098 Freiburg

- per E-Mail -

Projektgruppe  
Impuls für Wandel und Innovation

Dezernat I

Adresse: Rathausplatz 2-4  
D-79098 Freiburg i. Br.

Telefon: +49 761 201-1030

Internet: [www.freiburg.de](http://www.freiburg.de)  
E-Mail\*: [PIWI@stadt.freiburg.de](mailto:PIWI@stadt.freiburg.de)

Ihr Zeichen/Schreiben vom      Unser Aktenzeichen

Ihnen schreibt  
Herr Wißkirchen/  
Frau Brand

Freiburg, den  
29.09.2023

## **Anfrage nach § 24 Abs. 4 GemO zum Projekt Impuls für Wandel und Innovation**

Sehr geehrter Herr Dr. Gröger,  
sehr geehrter Herr Veser,  
sehr geehrte Frau Schrempp,

Oberbürgermeister Horn hat uns gebeten, Ihnen auf Ihre Anfrage vom 25.08.23 zu antworten, was wir wie folgt tun, soweit nicht die in der GRAG PIWI vereinbarte vertrauensvolle und vertrauliche Arbeitsweise tangiert ist:

### **1. Mit wie viel Personalstellen insgesamt ist die Arbeitsgruppe ausgestattet und welche Kosten entstehen hierdurch jährlich? Wie hoch sind die neben den Personalkosten anfallenden Sachkosten.**

In der Projektgruppe PIWI ist die Projektgruppe Verwaltungskonzentration aufgegangen und auch deren Aufgaben – z.B. Projektleitung für RiS B und neue Arbeitsformen – wurden mit übernommen.

Gegenwärtig sind drei Stellen besetzt. Die Personalkosten belaufen sich auf jährlich rd. 340.000 € (einschließlich Arbeitgeberaufwand).

Im DHH 2023/2024 beträgt das Sachkostenbudget für PIWI jeweils 211.000 €. Der mit Abstand größte Kostenblock ist für Beratungsleistungen erforderlich. Näheres siehe Ziffer 4.

### **2. Welche Themenbereiche, Einzelprojekte und sonstigen möglichen Maßnahmen wurden bisher von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projektgruppe PIWI identifiziert und als mögliche Lösungsansätze gesehen oder auch verworfen?**

Hier verweisen wir auf die Darstellung des Sachstands der PIWI-Maßnahmen in der nächsten GRAG. Aufgrund der vereinbarten Arbeitsweise in der GRAG, in der Mitarbeitendenschaft (z.B. anonymer Kanal) und innerhalb des Steuerkreises sind Vorschläge nicht enthalten, die bereits nach überschlägiger Prüfung als nicht umsetzbar bewertet oder zurückgestellt wurden bzw. bereits „auf kurzem Dienstweg“ umgesetzt oder schon in der Vergangenheit geprüft wurden.

- 3. Welche möglichen Lösungsansätze, Projekt und Maßnahmen werden von der Arbeitsgruppe gegenwärtig konkret bearbeitet, erwogen und für möglich gehalten? Insoweit bitten wir um eine Einschätzung der wahrscheinlichen Realisierungsmöglichkeiten und der Bezifferung der sich hieraus ergebenden finanziellen Auswirkungen.**

Wegen der derzeitig von PIWI bearbeitenden Projekte verweisen wir auf die Liste nach Ziffer 2. Die Prüfung und Umsetzung der Projekte erfolgt in der Zuständigkeit der entsprechenden Dezernate. Die von den Dezernaten bezifferten Einsparungen sind in der Liste aufgeführt.

- 4. Welche externen Berater bzw. Beratungsunternehmen wurden bisher im Rahmen des PIWI-Prozesses beauftragt und welche Kosten ins hierdurch bisher entstanden.**

Die Projektgruppe PIWI beauftragt entweder direkt Berater oder gewährt Deckung für notwendige Ausgaben im Rahmen des PIWI-Prozesses.

Für die Potenzialabschätzung einer Fusion ALW und Vermessungsamt wurde das Beratungsunternehmen PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH in 2022 beauftragt. Für die Verbesserung der Beteiligungssteuerung arbeitet PD mit der CrossLink GmbH, Herrn Dr. Klaus Neuhäuser, zusammen. In 2022 fielen für Beratungsleistungen bisher ca. 23.000 € und in 2023 bis 30.08.23 ca. 29.000 € an. Für weitere Beratungsleistungen im Hinblick auf die Neuaufstellung des Dezernats V werden weitere Mittel in der Strukturphase in 2023 (an PD) und der Umsetzungsphase in 2024 anfallen.

- 5./6. Wie sieht die weitere konkrete Planung der Stadtverwaltung im Hinblick auf den im Jahr 2021 eingeleiteten Prozess aus? Welche konkreten finanziellen Auswirkungen, bzw. Zielvorgaben gibt es im Hinblick auf den nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026?**

Der PIWI-Prozess ist nach dem Start zum 01.05.2021 auf 5 Jahre angelegt. In 2021/2022 wurde schwerpunktmäßig das Thema „Anstalt des öffentlichen Rechts“ für die Bereiche Abfallwirtschaft, Stadtreinigung und Grünflächenpflege geprüft. Ebenso das Thema Neubau des Berufsschulzentrums an der Messe, statt Sanierung der Bestandsgebäude. In 2023 ist Aufgabenschwerpunkt die Neuordnung des Baudezernats, die Planungen (inkl. notwendiger Einsparungen) für RiS B und die Vorüberlegungen zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Breisgau Hochschwarzwald. Bei allen Themen war der Gemeinderat eingebunden und hat entschieden bzw. Kenntnis genommen.

Parallel dazu wird und wurde das Thema Moderne Arbeits- und Büroformen vorangetrieben, welche die Grundlage für RiS B, aber auch für die Bestandsgebäude sind. Letztere vor allem dann, wenn an den Bestandsorten Raumbedarfe aufgrund zusätzlichem Personals entstehen. Ziel sind Kosteneinsparungen aufgrund eines Verzichts von Neuanmietungen bei gleichzeitiger Service- und Prozessoptimierung durch Digitalisierung. Hier ist gleichzeitig ein umfassender Veränderungsprozess in den betroffenen Einheiten aufzusetzen.

Zur Verbesserung der städtischen Serviceleistungen wird das Thema Zentralisierung Bürgerservice in Zusammenarbeit mit HPA und Dezernat IV bearbeitet. Ziel ist es, die Digitalisierung im Bereich Bürgerservice voran zu treiben und der Bürgerschaft eine zentrale Anlaufstelle für (fast) alle Dienstleistungen zu bieten. Zu grundlegendes Prinzip ist „digital first“.

In 2024 soll neben dem Abschluss der Neuordnung des Baudezernats, der Bereich der Beteiligungen einen Aufgabenschwerpunkt bilden. Die städtischen Beteiligungen belasten den städtischen Haushalt im zunehmenden Maße. Hier sollte bzw. muss gegengesteuert werden. Die ersten verwaltungsinternen Überlegungen haben schon stattgefunden.

Parallel wird in 2024 der Bau von RiS B begonnen, für den PIWI die Projektverantwortung hat. Die Gespräche über die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald werden fortgesetzt mit dem Ziel die Voraussetzungen eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung für eine engere Zusammenarbeit zu finden, was im Endeffekt der Bau eines gemeinsamen Verwaltungsgebäudes bedeuten könnte.

Daneben werden die Themen aus der Projektliste laufend bearbeitet und ggf. ergänzt, neue Ideen aufgenommen und geprüft mit dem Ziel, durch effektivere und serviceorientierte Prozesse auch den Haushalt strukturell zu entlasten.

Eine Mehrfertigung der Anfrage und des dazugehörigen Antwortschreibens erhalten alle Fraktionen des Gemeinderats.

Freundliche Grüße

gez. Gerold Wißkirchen

gez. Christel Brand